



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2006

Der "Fall Hägi" am Zürcher Burghölzli: zur Reaktion von Psychiatrie und Behörden auf Kritik an staatlichen Anstalten

Meier, Marietta

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-202595>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Meier, Marietta (2006). Der "Fall Hägi" am Zürcher Burghölzli: zur Reaktion von Psychiatrie und Behörden auf Kritik an staatlichen Anstalten. In: Fangerau, H; Nolte, K. "Moderne" Anstaltspsychiatrie im 19. und 20. Jahrhundert: Legitimation und Kritik. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 239-257.

Teil 4: Psychiatrie und Öffentlichkeit

Der „Fall Hägi“ am Zürcher Burghölzli Zur Reaktion von Psychiatrie und Behörden auf Kritik an staatlichen Anstalten

Marietta Meier

Der deutsche Psychiater Kurt Kolle (1887–1967) legte dem Bayerischen Landesgesundheitsrat 1956 eine Denkschrift mit dem Titel „Angriffe gegen die Nervenkliniken und Nervenkrankenhäuser?“ vor. Darin schreibt Kolle, Direktor der Nervenlinik der Universität München, die Psychiater seien schon immer besonders heftiger Kritik ausgesetzt gewesen. Bei den Angriffen auf diese Berufsgruppe spiele die Presse eine unrühmliche Rolle, weil sie nur „nach zugkräftigen Schlagworten“ suche. Als Beispiel nennt er das Burghölzli – wie die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich früher genannt wurde – nach Kolle eine „berühmte [...] Pflegestätte höchster psychiatrischer Kunst, an der die ersten Vertreter unseres Faches wirken durften.“ Selbst diese Anstalt sei seit ihrer Eröffnung im Jahr 1870 Zielscheibe massiver Kritik. Abgesehen von Eugen Bleuler (1857–1939) hätten deshalb sämtliche Direktoren der letzten 80 Jahre, „von ständigen Angriffen zermürbt“, das Burghölzli vorzeitig verlassen.¹ Auch Manfred Bleuler (1903–1994), der Sohn Eugen Bleulers und von 1938 bis 1969 ebenfalls Direktor des Burghölzlis, klagte 1943, die Presse sei gegenüber der Psychiatrie wohl „nirgends in der Welt“ „derart bösartig eingestellt“ wie im Kanton Zürich.² Einer der ersten und größten „Burghölzli-Skandale“, von denen man in den Zürcher Zeitungen berichtete, war der „Fall Hägi“.³

Gottlieb Hägi (1858–1917), der dem Fall seinen Namen gab, kam 1858 als uneheliches Kind zur Welt. Er stammte aus einfachen Verhältnissen und lernte den Beruf eines Schneiders, fühlte jedoch, wie es in einem Nachruf heißt, „schon frühzeitig schriftstellerische Neigungen“.⁴ Nach einer Anstellung als Gehilfe bei der kantonalen Verwaltung arbeitete er 1892 vier Monate als Schneider und Wärter im Burghölzli, um – wie Hägi 1896 in einem Brief an die Regie-

1 Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich, 12.06.2, Heilanstalt Burghölzli, Tätigkeitsberichte von Direktor und Verwalter, Denkschrift [Typoskript] von Kurt Kolle an den Bayerischen Landesgesundheitsrat, 1956, S. 5–7.

2 Staatsarchiv Zürich, Z 99.266, „Allgemeine Meinungsäusserungen an Behörden, Berichte und Private“, Schreiben Manfred Bleulers an Oscar Forel, 29.12.1943.

3 Dieser Text entstand im Rahmen des Projekts „Internieren und Integrieren. Zwang in der Psychiatrie: Der Fall Zürich 1870–1970“, das durch das Nationale Forschungsprogramm „Integration und Ausschluss“ (NFP 51) finanziert wird. Für ihre Unterstützung bei den Recherchen zu Gottlieb Hägi danke ich Markus Bürgi und Hans Ulrich Pfister, Staatsarchiv des Kantons Zürich, für eine erste kritische Lektüre des Beitrags Urs Germann und Thomas Müller.

4 Anzeiger von Horgen, Nr. 126, 26.10.1917.

nung schrieb – Klarheit „über das Leben der Geisteskranken und deren Behandlung“ zu gewinnen. Er habe „die vielen Klagen und das Schimpfen“ über die kantonale Irrenanstalt „als einen Ausfluß des Vorurtheils“ betrachtet, sei aber auf so viele „Übelstände“ gestoßen, daß er beschlossen habe, gegen diese anzukämpfen und die Öffentlichkeit zu informieren.⁵ Nachdem er seinen Dienst im Burghölzli quitiert hatte, begann er, in Vorträgen und Zeitungsartikeln massive Kritik an der Anstalt zu üben. Zwei Jahre später veröffentlichte er die Schrift „Kritische Reminiscenzen aus der Irrenanstalt Burghölzli“, die zunächst als Serie in der „Schweizer Wochen-Zeitung“ erschienen war und hohe Wellen schlug.⁶ Später arbeitete er für den „Anzeiger von Horgen“ und andere Zeitungsverlage in der Umgebung des Zürichsees. Darüber hinaus verfaßte er einige Gedichte, kleinere Lustspiele und Novellen. Abgesehen vom Echo, das die „Reminiscenzen“ hervorriefen, machte Hägi aber weder als Journalist noch als Schriftsteller Schlagzeilen. 1917 starb er im Alter von 59 Jahren an den Folgen eines Unfalls.⁷

Der „Fall Hägi“ stellt ein interessantes Beispiel der Irrenrechtsreformbewegung dar, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts formierte und in erster Linie das Ziel verfolgte, die Macht der Psychiater gesetzlich einzuschränken und die Anstalten stärker zu kontrollieren.⁸ Da Hägi seine persönlichen Erfahrungen als Angestellter – und nicht etwa als Patient – der Anstalt schilderte und seine Kritik in der Öffentlichkeit auf große Resonanz stieß, zog der Fall eine ausführliche Untersuchung nach sich. Die Regierung setzte eine Kommission ein, welche die Kritikpunkte prüfen sollte, und nahm schließlich zum Fall Stellung. Der „Fall Hägi“ bietet deshalb die Chance, nicht nur die Positionen von Kritikern und Psychiatern, sondern auch die Rolle der Behörden in diesem Konflikt zu analysieren. Die Behörden stellten – so meine These – eine Instanz dar, welche die Legitimation der Psychiatrie stark stützen, aber auch untergraben konnte. Über den „Fall Hägi“ hinaus soll deshalb untersucht werden, wie die Regierung auf Kritik an der Anstaltspsychiatrie reagierte.

Im folgenden zeige ich, was Gottlieb Hägi an der Anstaltspsychiatrie kritisierte und wie August Forel (1848–1931), der damalige Direktor des Burghölzli, auf diese Vorwürfe reagierte. Forel wandte Legitimationsstrategien an, die für die damals noch junge Profession der Psychiatrie typisch waren. In einem dritten Schritt untersuche ich die Rolle, welche die Regierung und die Behörden in diesem Spannungsfeld einnahmen. Zum Schluß gehe ich der Frage nach,

5 Staatsarchiv Zürich, Hirzel, EIII 53:3, Taufen 1836–1875, S. 102. Ebd., Hirzel, BII und III, Ehe-Register, 1885–1911, S. 42. Ebd., S 325.2, Fasz. 8, Beschwerde von Gottlieb Hägi an die Sanitäts-Direktion des Kantons Zürich, 13.3.1896.

6 Schweizer Wochen-Zeitung für Kriminal, Polizei, Civilgerichtspflege, Politik, Unterhaltung und Humor, Nr. 9, 3.3.1894–Nr. 25, 23.6.1894. Als Kommentar vermerkte die Zeitung bei der Publikation des ersten Teils von Hägis „Kritischen Reminiscenzen“: „Unter diesem Titel wird eine Serie von Artikeln erscheinen, die manchen wunden Punct unserer Krankenheilstätten berühren.“ Ebd., Nr. 9, 3.3.1894, S. 99.

7 Historisch-biographisches Lexikon der Schweiz, Bd. 4, Neuenburg 1927, S. 44. Nachruf auf Gottlieb Hägi, in: Anzeiger von Horgen, Nr. 126, 26.10.1917.

8 Vgl. Schmiedebach (1996).

ob der „Fall Hägi“ Folgen nach sich zog, und analysiere anhand der Beschwerden, die zwischen 1870 und 1970 gegen die psychiatrischen Anstalten des Kantons Zürich eingereicht wurden, ob und inwiefern sich bei solchen Konflikten die Funktion und Praktiken der Behörden im Laufe der Zeit wandelten.

Der „Fall Hägi“:

Die „Kritischen Reminiscenzen aus der Irrenanstalt Burghölzli“

Die „Kritischen Reminiscenzen aus der Irrenanstalt Burghölzli“ sind eine kleine Druckschrift von etwa 7 auf 15 cm und umfassen 138 Seiten. Die Schrift ist im Stil eines Pamphlets verfaßt, das den Leser häufig direkt anspricht, Fragen stellt und auch beantwortet. Sie enthält 13 Kapitel, in denen Hägi die Zustände in der Irrenanstalt darstellt und deren Leitung sowie die Aufsichtskommission in zahlreichen Punkten kritisiert. Er beanstandet zum Beispiel die schlechten Anstellungsbedingungen des Wartpersonals, die zur Folge hätten, daß es häufige Stellenwechsel gebe und die Stellen mit ungebildeten, sehr jungen Leuten besetzt werden müßten. Andererseits schreibt Hägi aber auch, die Ärzte legten keinen Wert auf Beobachtungen des Wartpersonals, obwohl diese im Gegensatz zu ihnen sehr viel Zeit mit den Patienten und Patientinnen verbringen würden. Er kritisiert die unterschiedliche Behandlung der Kranken je nach Verpflegungsklasse, bemängelt die ungenügende Verpflegung der Patienten und Patientinnen dritter Klasse und des Pflegepersonals, schildert das Deckelbad, das zu Verletzungen und auch zu Todesfällen führe, und behauptet, geheilte Kranke würden nicht entlassen. Schließlich stellt Hägi die Kompetenz der Psychiater ganz allgemein in Frage, indem er Stellen aus Lexikonartikeln und psychiatrischer Fachliteratur zitiert, wo es heißt, daß man bisher eigentlich nichts über die Ursachen von Geisteskrankheiten wisse und daß es kaum Behandlungsmöglichkeiten gebe.⁹

Trotzdem stellt der Autor die Psychiatrie und die Existenz von psychiatrischen Anstalten in seiner Broschüre nicht generell in Frage. Wie Hägi im Vorwort schreibt, betrachtet er es als Fortschritt, daß „Irrenhäuser“ existierten und daß seine Zeitgenossen Geisteskranke für ebenso bedauernswürdig hielten wie körperlich Kranke. Kritisiert werden die Konzeption der Irrenhäuser, die Behandlung der Patienten und Patientinnen und die mangelnde Kontrolle der Anstalt: „Die Zahl der Irren ist groß, ob aber das Zusammenpferchen von Hunderten von Geisteskranken am Platze sei, ob ihnen da die richtige Pflege angedeihe und ob nicht System und Methode verbesserungswürdig wären, zumal angesichts der Fortschritte, die auf allen andern medizinischen Gebieten erreicht wurden und fortwährend noch angestrebt werden, diese Fragen wird sich der aufmerksame Leser selbst beantworten können, wenn er die folgenden Kapitel, die auf Grund von Selbstbeobachtung und Selbsterfahrung beruhen, einer eingehenden und unparteilichen Prüfung würdigt.“¹⁰

9 Vgl. Hägi (1894), S. 18–20, 22–25, 26–53, 88–91.

10 Hägi (1894), S. 4 f.

Die „Selbstbeobachtung“ und „Selbsterfahrung“ spielen in Hägis Argumentation eine zentrale Rolle. Der Autor betont in seiner Schrift immer wieder, er kenne im Unterschied zu anderen Kritikern die Verhältnisse im Burghölzli.¹¹ Dabei versucht er allfälligen Skeptikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er Aussagen von Psychiatern, Wartpersonal und Patienten zitiert. Er erwähnt außerdem, daß er Laie sei, betont aber gleichzeitig, die Broschüre beruhe auf seinen persönlichen Beobachtungen.¹² Hägi will also die Glaubwürdigkeit seiner Kritik einerseits mit dem Argument der Augenzeugenschaft untermauern, andererseits mit Zitaten anderer Personen, die seine Argumentation stützen.

Hägis Ziel ist nach seinen eigenen Worten die „Aufklärung“ der Bevölkerung, die er den Patienten und Patientinnen des Burghölzli und deren Angehörigen schuldig sei. Er wolle alle, die sich für das „Irrenhausleben“ interessierten, aber auch jeden Zürcher „Bürger und Steuerzahler“ und nicht zuletzt die Regierung selbst über die Verhältnisse im Burghölzli informieren, wobei er davon ausgehe, daß es den Behörden nicht „am guten Willen zur Hebung der Übelstände“ fehle.¹³ Hägi beläßt es aber nicht bei der Aufklärung, sondern macht im zweitletzten Kapitel mit dem Titel „Welches sind die schreiendsten Übelstände und wie beseitigt man dieselben?“ auch konkrete Verbesserungsvorschläge.¹⁴

Aufgrund der spärlichen Informationen über Gottlieb Hägi läßt sich nicht entscheiden, ob bei den „Reminiscenzen“ tatsächlich der Wunsch nach „Aufklärung“ oder persönliche Interessen im Vordergrund stehen. So oder so kann der „Fall Hägi“ jedoch als Beispiel der Irrenrechtsreformbewegung gesehen werden, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts formierte.¹⁵ Wie der

11 Vgl. z.B. Hägi (1894), S. 35 f.

12 „Logisch ist es zwar unrichtig, wenn ein Laie die Fackel der Aufklärung ergreift und fröhlich schwingt, aber wenn die Jünger der Wissenschaft Übelstände in einer staatlichen Anstalt, die allen privaten Institutionen als Muster voranleuchten sollte, gleichgültig und ungeschoren bestehen lassen – Übelstände, unter denen Hunderte von Patienten schon zu leiden hatten, – so darf wohl einmal ein Bürger, selbst wenn er ein Laie ist, es sich zur Pflicht machen, seine Mitbürger aufzuklären, zumal wenn er all die Unannehmlichkeiten der Anstalt selbst gekostet und selbst seine Gesundheit zum Opfer gebracht hat, um aus eigener Anschauung die Verhältnisse kennen zu lernen, statt aus anderer Leute Mund. Wer will es mir verargen, wenn ich mir nach der dritten und vierten Nachtwache im Krankenzimmer Reflexionen erlaubte und über das eine und andere nachdachte, das meinem ungelehrten Verstand recht unwissenschaftlich vorkam? Gerade dieses Nachdenken auf dem psychiatrisch klassischen Boden ist die Ursache meiner „kritischen Reminiscenzen.“ Hägi (1894), S. 66.

13 Hägi (1894), S. 66 f.

14 So schlägt Hägi vor, die Patienten und Patientinnen der dritten Verpflegungsklasse besser zu stellen, Unheilbare in andere Anstalten zu verlegen sowie Gemütskranke und Geistesranke zu trennen. Weiter fordert er bessere Anstellungsbedingungen für das Wartpersonal sowie die Überprüfung der Zustände in den Krankenzimmer und den Zellen durch die Aufsichtscommission. Schließlich müsse man Patienten und Patientinnen die Gelegenheit geben, wieder selbständig zu werden, sobald sie dazu imstande seien. Vgl. Hägi (1894), S. 120–128.

15 Vgl. Schmiedebach (1996).

eingangs zitierte Psychiater Kurt Kolle schreibt, geriet das Burghölzli seit seiner Einweihung im Jahre 1870 immer wieder in die öffentlichen Schlagzeilen. Der offenbar von Anfang an latente Konflikt zwischen Verwaltung und ärztlicher Leitung kam nach einigen Jahren in voller Schärfe zum Ausbruch und beschäftigte Politik, Journalisten und Gerichte.¹⁶ 1879 trat bereits der dritte Direktor seit der Gründung der Anstalt zurück, und August Forel übernahm die Leitung des Burghölzli. Danach legten sich die Wogen etwas. Forel drängte energisch auf eine Unterordnung des Verwalters unter den Direktor, versuchte „mit eisernem Besen [...] Disziplin und Ordnung“ zu schaffen und kämpfte in der Öffentlichkeit gegen Alkohol und Prostitution, was ihm inner- wie außerhalb der Anstalt Feinde einbrachte.¹⁷ Hägis Schrift entstand also im Kontext öffentlicher Angriffe auf das Burghölzli, wobei sich der Autor durch seine „Augenzeugenschaft“ klar von anderen Kritikern abgrenzt. 1897, im selben Jahr, als die Berichte der Untersuchungskommission und der Regierung zum „Fall Hägi“ publiziert wurden, wurde in Zürich der „Irrenrechtsreformverein“ gegründet. Der Verein forderte Gesetze, um die Macht der Irrenärzte einzuschränken, und verlangte, bei Hospitalisierungen und bei Entmündigungen wegen Geisteskrankheit sollten nicht medizinische, sondern „praktische Gesichtspunkte“ ausschlaggebend sein.¹⁸

Hägi kann somit als Vorreiter des Zürcher „Irrenrechtsreformvereins“ bezeichnet werden. Er setzte sich – noch als Einzelkämpfer¹⁹ – für Ziele ein, die für die Irrenrechtsreformbewegung typisch sind.²⁰ Bereits er stellte das Definitionsmonopol der Psychiater in Frage, beanstandete deren Umgang mit den Geisteskranken und forderte, daß die Anstalt durch Laien kontrolliert werden müsse. Dabei orientierten sich Hägis Kritik und seine Vorstellungen von einem angemessenen Umgang mit psychisch Kranken an Alltagsvorstellungen von einem humanen Umgang mit kranken Mitmenschen. Da die Broschüre auf große öffentliche Resonanz stieß, knüpfte sie auf diese Weise offenbar an weitverbreitete Vorstellungs- und Denkmuster an. Hägi entwickelte sich nach eigenen Aussagen während seiner Zeit im Burghölzli zu einem Kritiker der Anstalt, seine Anschuldigungen und Verbesserungsvorschläge gehen aber weit über den Rahmen eines Erfahrungsberichts hinaus. Wie er immer wieder betont, ist seine Schrift „auf die eigene Praxis und unmittelbare Beobachtungen gestützt“; in seinen Augen stellt es keinen Nach-, sondern einen Vorteil dar, daß sein Blick auf die Psychiatrie und das Burghölzli der eigenen Erfahrung und Subjektivität eine große Bedeutung einräumt.

16 Zum Kompetenzstreit zwischen Ärzten und Verwaltung in psychiatrischen Anstalten vgl. auch den Beitrag von Alexandra Chmielewski in diesem Band.

17 Bleuler (1951), S. 410–416.

18 Vgl. Schwengeler (1998), S. 83–86.

19 Gabriele Feger unterscheidet in der Formierung der deutschen Irrenrechtsreformbewegung eine erste Phase für die Zeit von 1890 bis 1897, in der einzelne Vertreter einer bürgerlichen Öffentlichkeit Kritik an der Psychiatrie übten, und eine zweite Phase ab 1897 bis in die Weimarer Republik, in der sich die Irrenrechtsreformbewegung organisierte. Vgl. Feger (1982), S. 226–231, zit. in Schmiedebach (1996), S. 135.

20 Vgl. Schmiedebach (1996), S. 130 f.

Der „Fall Hägi“: Die Stellungnahme des Anstaltsdirektors August Forel

In den „Reminiscenzen“ stellen die schlechten Anstellungs- und Arbeitsbedingungen des Wartpersonals ein wichtiges Thema dar. Die entsprechenden Passagen zeugen von Hägis Kränkung, unter miserablen Bedingungen und für einen niedrigen Lohn schwere Arbeit geleistet zu haben, ohne daß ihn die Ärzte ernst nahmen und sich für seine Erfahrungen im Umgang mit den Geisteskranken interessierten. Obwohl der Autor seine Kritik als Bürgerpflicht deklarierte, kann man deshalb vermuten, daß Hägi die „Kritischen Reminiscenzen“ auch verfaßte, um schließlich doch noch Gehör zu finden. Der Schrift würde damit ein ähnliches Motiv zugrunde liegen wie den Irrenbroschüren von Personen, die als geisteskrank diagnostiziert, entmündigt und in eine Irrenanstalt eingewiesen wurden und die mit ihren Texten versuchten, ihre Identität als handelndes Subjekt wieder zu erlangen.²¹

Hägis Kritik am Hochmut der Ärzte gegenüber Wartpersonal und Patienten stieß bei August Forel, der ihm seinerseits Überheblichkeit vorwarf, auf heftigen Widerstand. Obwohl sich Hägi offenbar erst nach der Anstellung im Burghölzli als Journalist und Schriftsteller versuchte, bezeichnete Forel Hägi als Spion, der seine Stelle in der Anstalt bereits mit niederträchtigen Absichten angetreten habe. Er schrieb 1926 in einer autobiographischen Schrift, Hägi habe sich „als Schneider ins Burghölzli eingeschmuggelt“ und ihn danach „in seiner gemeinen Zeitung mit Hilfe lügenhafter Angaben verleumdet.“²²

Der Anstaltsdirektor zerpflückte Hägis Aussagen während der Einvernahme durch die Untersuchungskommission durchweg. Zuerst stellte er Hägis angebliche Beobachtungen in Abrede. Hägi sei als Schneider und nicht als Wärter angestellt worden und habe bereits nach vier Monaten gekündigt. Als Anstaltsschneider habe Hägi bloß in beschränktem Masse Wärterdienste verrichten müssen, so daß er nur eine Abteilung für ruhige Patienten und den Nachtdienst aus eigener Anschauung kennen könne. Seine Arbeit als Schneider habe er zufriedenstellend ausgeführt, der jetzige Schneider taue allerdings viel mehr. Als Wärter sei er mit den Patienten freundlich, „sonst aber mangelhaft“ gewesen. Arbeiten, die über sein eigentliches Tätigkeitsfeld hinausgingen, habe er nur widerwillig verrichtet. Vor allem habe er sich vor den unreinen Kranken geekelt, für die er während der Nachtwache sorgen mußte.²³

Im folgenden bezeichnete Forel Hägi konsequent als „Schneider“ oder „Flickschneider“ und warf ihm so implizit, häufig aber auch explizit völlige Inkompetenz vor. Hägi sei „ein überspannter, eitler Schneider“, der sich „mit

21 Vgl. Brink (2002), S. 37.

22 Forel (1926), S. 70.

23 Vgl. Staatsarchiv Zürich, III Go 1, Fasz. 2, Bericht der Untersuchungskommission an den Regierungsrat des Kantons Zürich, 16.7.1897, S. 6 f. – Forels Aussagen sind im folgenden nach dem gedruckten Bericht der Untersuchungskommission zitiert; die Akten enthalten aber auch ein handschriftliches Protokoll der Aussagen aller Personen, die während der Untersuchung des „Falls Hägi“ befragt wurden.

wahnsinniger Selbstüberschätzung [...] über die psychiatrische Wissenschaft“ hinwegsetze.²⁴ Der Anstaltsdirektor warf seinem ehemaligen Angestellten Verleumdung und Ehrverletzung vor; die angeblichen Beispiele seien erfunden und würden entweder auf seinem Unwissen oder auf absichtlicher Verdrehung der Tatsachen beruhen.²⁵ Von der Diagnostizierung und Behandlung von Geisteskrankheiten verstehe er nichts: „Mit wahnsinniger Selbstüberschätzung setzt sich der Schneider und Journalist Hägi, von seiner viermonatlichen Erfahrung im Schneidersaal stark gehoben, über die psychiatrische Wissenschaft hinweg.“ Er behaupte nach vier Monaten im Burghölzli, die Irrenärzte wüßten nichts von Gehirn- und Geisteskrankheiten, und versuchte dies mit einem Lexikonartikel zu belegen. Die Irrenärzte glaubten jedoch „nach einigen Jahrhunderten wissenschaftlicher Erfahrung, mühseliger Untersuchungen des Gehirns und seiner Funktionen“ zu wissen, daß es unheilbare Geisteskrankheiten gebe, die zum Tode führten, daß andere Geistesstörungen existierten, die zwar unheilbar seien, von Laien aber oft nicht erkannt würden, und daß es schließlich „scheinbar sehr schlimme Kranke“ gebe, die bei richtiger Behandlung durchaus geheilt werden könnten, während sie „in den Händen unwissender Laien, oft sogar bei hingebender Pflege, sehr oft elend und in kurzer Zeit“ zugrunde gingen.²⁶ Nach Forel sind also Laien nicht im Stande, Geisteskranke mit Sicherheit zu erkennen und angemessen zu behandeln – im Gegenteil: sie können verheerenden Schaden anrichten, wenn sie die Kranken nicht der Wissenschaft anvertrauen. Angesichts dieser klaren Dichotomie zwischen Laien und Wissenschaftlern bleibt für einen „Flickschneider“, der sich über die Definitionsmacht der Ärzte hinwegsetzt, nur beißender Spott übrig: „Nun! Hägi weiß ja das alles viel besser, mit wenigen Sätzen hat er ja die Psychiatrie abgetan. Er kann ja alle Kranken beurteilen, ohne das Geringste darüber zu wissen; er weiß, wer heilbar und wer unheilbar ist; er weiß, welche Kranken von den Irrenärzten unheilbar gemacht werden. Er weiß, daß wir gesunde Leute in der Irrenanstalt für geisteskrank halten und weiß Gott, was alles mehr. Das alles hat er in vier Monaten seiner Flickschneiderei festgestellt.“²⁷

Forel stellt also erstens in Abrede, daß Hägis Schilderungen auf persönlichen Erfahrungen beruhten. Zweitens führt er die angeblich falsche Perspekti-

24 Staatsarchiv Zürich, III Go 1, Fasz. 2, Bericht der Untersuchungskommission an den Regierungsrat des Kantons Zürich, 16.7.1897, S. 28, 52.

25 „Die Seite 16 der Broschüre [eine Passage über die Arztvisite] ganz allein genügt, um den hässlichen, ehrabschneiderischen, verleumderischen Zug der ganzen Schrift zu charakterisieren.“ „Die sensationellen sogenannten Beispiele [über die Benachteiligung der Patienten dritter Verpflegungsklasse], die vom Schneider Hägi gedichtet wurden, beruhen entweder auf seiner krassen Unkenntnis der Geistesstörung, verbunden mit seiner dichterischen Phantasie oder auch absichtlicher Entstellung.“ Staatsarchiv Zürich, III Go 1, Fasz. 2, Bericht der Untersuchungskommission an den Regierungsrat des Kantons Zürich, 16.7.1897, S. 29, 51.

26 Staatsarchiv Zürich, III Go 1, Fasz. 2, Bericht der Untersuchungskommission an den Regierungsrat des Kantons Zürich, 16.7.1897, S. 52f.

27 Staatsarchiv Zürich, III Go 1, Fasz. 2, Bericht der Untersuchungskommission an den Regierungsrat des Kantons Zürich, 16.7.1897, S. 53.

ve, die sein ehemaliger Angestellter auf das Irrenwesen hatte, auf dessen soziale Position und autodidaktische Halbgebildetheit zurück.²⁸ Und drittens kritisiert er, Hägi sehe nicht ein, daß er als Laie gar kein Urteil über die Psychiatrie fällen könne, sondern sich über die Erkenntnisse der Wissenschaft hinwegsetze und sich anmaße, deren Vertreter zu kritisieren.

Der „Fall Hägi“: Die Position der Behörden

Im Gegensatz zu Hägi erkannte die Kommission, die im Auftrag der Regierung den Fall untersuchte, Forel und die anderen Ärzte des Burghölzli als Experten an. Die Kommission, die aus einem Oberrichter, einem Bezirksarzt und einem Bezirksratschreiber bestand, studierte Klinikakten, nahm Augenscheine und befragte Hägi, die Anstaltsleitung, Ärzte und Aufsichtsbehörde, aber auch Wärter und Patienten männlichen und weiblichen Geschlechts. Aufgrund ihrer Untersuchung, deren umfangreiche Unterlagen überliefert sind, verfaßte die Kommission zuhänden der Regierung schließlich einen Bericht von 106 Druckseiten.²⁹

Die Kommission geht in ihrem Bericht als erstes auf die Frage ein, inwiefern Hägi „ein maßgebendes Urteil über die im Burghölzli geübte Irrenpflege und eine Kritik der gegenwärtigen Psychiatrie in Theorie und Praxis überhaupt zugestanden werden könne.“³⁰ Während Hägi in seiner Denkschrift betont, daß er die Verhältnisse in der Anstalt im Gegensatz zu anderen Kritikern kenne und sich auch auf Fachliteratur abstütze, spricht ihm die Kommission – genau wie Forel – jegliche Kompetenz ab. Er verstehe nichts „vom Wesen der Geistesstörungen“ und sei „in seiner Kritik stark von seiner eigenen krankhaften Gemütsverfassung und Phantasie beherrscht und geleitet. [...] Das Lesen einiger Aufsätze über Geistesstörungen, Psychiatrie und Irrenanstalten in einem Konversationslexikon, sowie der viermonatliche Aufenthalt als Wärter und Schneider in einer Abteilung der Anstalt reichen eben noch lange nicht hin, die Krankheitserscheinungen der einzelnen Patienten zu würdigen und das Wie und Warum im Anstaltsleben nach allen Richtungen unverfälscht aufzufassen, geschweige dazu zu befähigen, sie öffentlich zu besprechen oder gar Vorschläge zur Abhilfe vermeintlicher Übelstände zu machen.“³¹ Hägi habe sich neben angeblich eigenen Beobachtungen auf Aussagen von ehemaligen, meist ungeheilten Patienten und entlassenen Wärtern gestützt, die alle unglaubwürdig seien. Diese Erfahrungen berechtigten Hägi – so die Kommission –

28 Vgl. Dinges (1996), S. 22.

29 Der Bericht wurde publiziert und – so Forel in einer autobiographischen Schrift – auf Druck des Anstaltsdirektors an alle Mitglieder des Kantonsrats abgegeben. Forel (1926), S. 71.

30 Staatsarchiv Zürich, III Go 1, Fasz. 2, Bericht der Untersuchungskommission an den Regierungsrat des Kantons Zürich, 16.7.1897, S. 4.

31 Staatsarchiv Zürich, III Go 1, Fasz. 2, Bericht der Untersuchungskommission an den Regierungsrat des Kantons Zürich, 16.7.1897, S. 8.

nicht, „als Reformator der Irrenheilkunde aufzutreten und [...] über die von den Irrenärzten geübte Berufserfüllung verächtlich den Stab zu brechen“. Obwohl die Kommission also Hägi ebenfalls als inkompetent bezeichnete und seine Kritik sogar pathologisierte, ging sie ausführlich darauf ein. Dabei wollte sie aus den – wie sie es nannte – „zum Teil sehr hohlen Tiraden [...] den Kern“ herauschälen und prüfen, ob man allenfalls in der Leitung des Burghölzli Verbesserungen vornehmen müßte und wie diese aussehen könnten.³²

Abgesehen von Kleinigkeiten wies die Untersuchungskommission die Vorwürfe des ehemaligen Wärters zurück. In ihrer Einschätzung Hägis übernahm sie weitgehend die Aussagen Forels, die sie im Bericht über Seiten hinweg zitiert. Sie hielt die Vorwürfe gegen den Direktor und sein Personal für unbegründet, beanstandete jedoch die mangelnde Kontrolle der Anstaltsleitung. Die Aufsichtskommission hatte in ihrem Bericht an die Untersuchungskommission geschrieben, es stehe ihr in „keiner Weise“ zu, die ärztliche Behandlung einer Kritik zu unterziehen. Die Untersuchungskommission kritisierte diese Haltung: Die „Kontrolle der ärztlichen Leitung einer Irrenanstalt“ sei weder „unzulässig“ noch „unüblich“; der Direktor des Burghölzli sei der Sanitätsdirektion und der Aufsichtskommission untergeordnet.³³ Die Kommission kam deshalb zum Schluß, die Pflichten der Aufsichtskommission sollten in Gesetzen und Reglementen möglichst genau festgehalten werden. Die Aufsichtskommission solle „noch mehr als bis anhin“ den „Gang und Stand der ärztlichen Anstaltsleitung“ kontrollieren, Klagen nachgehen und wenn nötig weitere Untersuchungen anstellen. Eventuell sei auch eine Aufsichtsbehörde für alle kantonalen Irren-, Versorgungs- und Heilanstalten ins Leben zu rufen. Die Untersuchungskommission betonte, sie spreche diese Empfehlung nicht aus, weil sie der Anstaltsleitung mißtraue oder wesentliche Mängel aufgedeckt habe, sondern weil so gewährleistet werden könnte, daß die bereits bestehenden Vorschriften tatsächlich zur Anwendung kämen. Auf diese Weise würden alle Mittel ausgeschöpft, „welche zur Beruhigung der Patienten und ihrer Angehörigen und weiterer Kreise dienen und welche zur Verhütung oder zur Remedur von Nachteilen mitwirken können.“³⁴ Kontrolle diene also in den Augen der Kommission nicht zuletzt auch der Legitimation der Psychiatrie.

Der Regierungsrat stützte sich in seinem Bericht an den Kantonsrat, die Legislative, auf die Ergebnisse der Untersuchungskommission, die „sich ein klares Bild der tatsächlichen Verhältnisse“ verschafft habe. Die Aussagen Hägis bezeichnet er als „Behauptungen“ und „Vorwürfe“. Auch in diesem Bericht wird als erstes erwähnt, die Mitglieder der Untersuchungskommission hätten „im Verlaufe ihrer Arbeit die Überzeugung“ gewonnen, der Verfasser der Schrift, „ein gewisser Hägi“, könne kein „zutreffendes Urteil“ über das Burg-

32 Staatsarchiv Zürich, III Go 1, Fasz. 2, Bericht der Untersuchungskommission an den Regierungsrat des Kantons Zürich, 16.7.1897, S. 7 f.

33 Staatsarchiv Zürich, III Go 1, Fasz. 2, Bericht der Untersuchungskommission an den Regierungsrat des Kantons Zürich, 16.7.1897, S. 55 f.

34 Staatsarchiv Zürich, III Go 1, Fasz. 2, Bericht der Untersuchungskommission an den Regierungsrat des Kantons Zürich, 16.7.1897, S. 105 f.

hölzli abgeben. Danach faßt der Regierungsrat die Resultate der Untersuchungskommission zusammen und zitiert am Ende deren Fazit, dem er sich „vollständig“ anschließt. Die einzigen Punkte, in denen der Regierungsrat von der Untersuchungskommission abweicht, betreffen die Anstellungsbedingungen des Wartpersonals und die Kontrolle der Anstalt. Man werde die Vorschläge der Untersuchungskommission überprüfen und wolle zunächst die Verhandlungen über ein schweizerisches Irrengesetz abwarten. Der Regierungsrat betont allerdings, die Aufsichtskommission müsse „darauf verzichten, direkt in die ärztliche Leitung der Anstalt einzugreifen; nur wo sich Übelstände zeigen, die auch dem Laien als solche kenntlich sind, darf sie einschreiten und das hat sie bisher auch getan.“ Im Übrigen sei die Anstalt „der Oberaufsicht der Sanitätsdirektion, des Regierungs- und Kantonsrates unterstellt“. ³⁵

Im „Fall Hägi“ prallen verschiedene Meinungen zur Konzeption des Gesundheitssystems aufeinander. Der Historiker Martin Dinges versteht solche Konflikte als Auseinandersetzungen zwischen „Lebenswelt“ und „Wissenschaftswelt“, wobei er diese zwei Welten nicht als Dichotomien sieht. „Lebenswelt“ basiert, so Dinges, auf Alltagserfahrungen; hier überwiegen egalitäre Wertvorstellungen, wird Autonomie und Selbsthilfe groß geschrieben, dienen vor allem Subjektivität und „Naherfahrungen“ als Orientierungsmaßstab. Die „Wissenschaftswelt“ hingegen sei nach dem Selbstverständnis ihrer Vertreter durch andere Merkmale gekennzeichnet: durch „die überwiegend indirekt vermittelte Erfahrung, eine stärker theoretisch geprägte Herangehensweise, die Akzeptanz von Spezialisten, die Bevorzugung objektivierbarer Erfahrung, die nach bestimmten akzeptierten Verfahren gebildet sein muß, sowie eine höhere Akzeptanz von hierarchischen Sozialordnungen und Machtbildungen wegen der als notwendig erachteten Ausdifferenzierung von gesellschaftlichen Teilsystemen.“ ³⁶

In Anlehnung an Dinges kann man also sagen, daß sich Hägi mit seinen „Kritischen Reminiscenzen“ am Konzept „Lebenswelt“ orientierte und damit in der Öffentlichkeit auf große Resonanz stieß. Die Behörden hingegen schwankten zwischen den Konzepten „Lebenswelt“ und „Wissenschaftswelt“. Sie nahmen Hägis Kritik zwar auf, verwarfen sie aber und übernahmen die Argumentationsweise der „Wissenschaftswelt“. Wie bereits bei einem ersten „Burghölzli-Skandal“ Ende der 1870er Jahre, als es um einen Machtkampf zwischen Verwalter und ärztlichem Direktor gegangen war, wurde der permanente Kampf um den Status und die Akzeptanz von Sachverständigen auch dieses Mal zugunsten der Wissenschaft entschieden: Die Regierung sprach Forel 1897 ihr Vertrauen aus und legitimierte die Psychiatrie auf diese Weise.

35 Staatsarchiv Zürich, III Go 1, Fasz. 2, Bericht des Regierungsrats an den Kantonsrat des Kantons Zürich, 13.11.1897, S. 2, 6, 8.

36 Dinges (1996), S. 23.

Staatliche Behörden als Kontroll- und Beschwerdeinstanz: Gesetz und Praxis

Wie schon die Untersuchungskommission im Fall Hägi festgestellt hatte, existierten im Kanton Zürich staatliche Instanzen, welche die psychiatrischen Anstalten kontrollieren sollten und die Kompetenz hatten, gegen allfällige Mißstände vorzugehen. Das Burghölzli wurde laut Gesetzen und Reglementen wie andere Spitäler seit seiner Gründung von der übergeordneten Behörde und einer Aufsichtskommission kontrolliert. Die Aufsichtskommission setzte sich aus dem Direktor des Sanitätswesens ³⁷ als Präsidenten und vier weiteren, vom Regierungsrat gewählten Mitgliedern zusammen. Mindestens ein Mitglied mußte ein geprüfter Arzt sein. Die Aufsichtskommissionen hatten nach dem Gesetz von 1874 die Pflicht, „sich durch regelmäßige Besuche von dem Gange der Anstalten Kenntnis zu verschaffen“. Sie sollten in der Regel monatliche Sitzungen in den betreffenden Anstalten abhalten, „um sich über Anstaltsfragen (Krankenbehandlung und Verpflegung, Anstaltseinrichtungen und Anschaffungen, ökonomische Stellung des Dienstpersonals) zu beraten“ und danach über den Gesundheitsdirektor Anträge an den Regierungsrat zu stellen. Die Direktoren und Verwalter der Anstalten nahmen mit beratender Stimme an den Sitzungen der Kommission teil. ³⁸

Die Aufgaben und Pflichten der Aufsichtskommission änderten sich gemäß Reglementen zwischen 1870 und 1970 nicht; nur die Zahl der Sitzungen wurde reduziert. Ursprünglich sollte jeden Monat eine Sitzung stattfinden, 1934 verringerte man die Zahl der Sitzungen auf vier und 1960 auf zwei pro Jahr. Erhöht wurden hingegen die Zahl der Mitglieder und der Anteil an medizinischen Experten. ³⁹

Auf Gesetzesebene war die Kontrolle der psychiatrischen Anstalten demnach verankert. Zu klären bleibt die Frage, ob diese Vorschriften in der Praxis auch umgesetzt wurden, ob also die Behörden ihren Auftrag als Kontroll- und Beschwerdeinstanz wahrnahmen oder ob sie – wie die Untersuchungskommission

37 Die Bezeichnung des Departements änderte im Laufe des Untersuchungszeitraums mehrmals. Im folgenden wird der noch heute übliche Begriff „Gesundheitsdirektion“ verwendet.

38 Weiter mußten die Aufsichtskommissionen dem Regierungsrat jährlich den von den Direktoren verfaßten Bericht über „den Gang der Anstalten“ vorlegen. OS (Offizielle Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Kantons Zürich, welche bis 1883 erlassen wurden und noch zu Kraft bestehen, nebst den wichtigsten Reglementen und Verfügungen) 18, 44, Gesetz betr. die kantonalen Kranken und Versorgungsanstalten vom 29.11.1874, § 21–23. OS 20, 104, Reglement für die kantonale Irrenheilanstalt Burghölzli bei Zürich vom 22.11.1897, § 41–43.

39 Ab 1963 umfaßte die Kommission statt fünf sechs, ab 1971 neun Mitglieder. 1943 wurde ein zweiter, 1967 ein dritter Arzt in die Kommission gewählt. 1970 bestand also die Hälfte der Kommission aus medizinischen Experten. Danach verringerte sich der Anteil an Ärzten und Ärztinnen in der Aufsichtskommission: Unter den neun Mitgliedern, die 1971 gewählt wurden, befand sich eine Ärztin, unter den nur noch acht Mitgliedern der Amtsperiode 1979–1983 drei Ärzte.

sion im „Fall Hägi“ bemängelte – dieser Pflicht nicht vollumfänglich nachkommen. Diese Frage kann nicht anhand von Presseskandalen untersucht werden, weil die Behörden bei öffentlicher Kritik an der Psychiatrie in der Regel nicht reagierten.⁴⁰ Sie soll deshalb anhand der Beschwerden analysiert werden, die zwischen 1870 und 1970 bei den Behörden eintrafen.⁴¹

Aus dem Burghölzli und der Rheinau, den beiden staatlichen psychiatrischen Anstalten des Kantons Zürich, gingen bei der Gesundheitsdirektion und den Aufsichtskommissionen im Untersuchungszeitraum etwa 500 Beschwerden ein. Aus den Jahren 1876 bis 1924 und 1946 bis 1970 sind insgesamt 374 Beschwerden überliefert oder in Verzeichnissen aufgeführt. Geht man davon aus, daß im Zeitraum zwischen 1925 und 1945, wo keine Quellen mehr vorhanden sind, mindestens ebenso viele Klagen eingereicht wurden wie im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts, aus dem 97 Beschwerden erhalten sind, kommt man auf einen Schätzwert von knapp 500.⁴² In dieser Schätzung nicht berücksichtigt ist die Psychiatrische Rekurskommission, die 1963 ins Leben gerufen wurde und zwischen 1963 und 1970 insgesamt 94 Entlassungsgesuche aus dem Burghölzli und der Rheinau behandelte.⁴³

40 Als die Aufsichtskommissionen des Burghölzlis und der Rheinau, der beiden staatlichen psychiatrischen Kliniken des Kantons Zürich, 1944 in einer Sitzung über die Frage diskutierten, ob die Behörden in öffentliche Debatten über psychiatrische Anstalten eingreifen sollten, bemerkte der damalige Regierungsrat nur: „Von Zeit zu Zeit wird in den Anstalten immer ein Skandal ausgegraben. Wenn die Sache vorbei ist, wird man wieder Ruhe haben, bis die Presse nicht genügend Stoff hat.“ Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich, 12.08.5, Protokoll der Sitzung der Aufsichtskommissionen der Heilanstalt Burghölzli und der Heil- und Pflegeanstalt Rheinau, 6.12.1944.

41 Eine der ersten überlieferten Beschwerden war ein Brief Gottlieb Hägis, in dem er den Sanitätsdirektor erneut auf die Mißstände im Burghölzli aufmerksam machte. Staatsarchiv Zürich, S 325.2, Fasz. 8, Beschwerde von Gottlieb Hägi an die Sanitäts-Direktion des Kantons Zürich, 13.3.1896.

42 Die Beschwerden aus dem Zeitraum 1876 bis 1933 befinden sich im Staatsarchiv (S 325.1–4 und S 331, Fasz. 4), die neueren in der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich (12.05.17 und 13.05.1). Die Beschwerden zwischen 1946 und 1963 (Burghölzli) bzw. zwischen 1946 und 1969 (Rheinau) sind von wenigen Ausnahmen abgesehen vernichtet worden; es existieren aber noch zwei Verzeichnisse, laut denen zwischen 1946 und 1963 bei der Gesundheitsdirektion 107 Beschwerden zum Burghölzli und in den Jahren 1946 bis 1969 89 Beschwerden zur Rheinau eingingen. Die auf diesen Listen verzeichneten Beschwerden sind in die quantitative Auswertung einbezogen worden, man kann aber aus ihnen viel weniger Informationen gewinnen als aus den überlieferten Beschwerden. – Auch die Zahl der Beschwerden zwischen 1876 und 1924 bzw. 1946 und 1970 muß als ungefährer Wert verstanden werden. So sind zum Beispiel auf der Liste der in der Gesundheitsdirektion eingegangenen (und vernichteten) Beschwerden mehrere Klagen, die in den Sitzungen der Aufsichtskommission zur Sprache kamen, nicht aufgeführt.

43 Geschäftsberichte des Regierungsrats des Kantons Zürich, Geschäftsberichte der Psychiatrischen Rekurskommission 1963–1970. Gemäß diesen Geschäftsberichten stammten 76 Rekurse aus dem Burghölzli und 13 aus der Rheinau. Der Geschäftsbericht von 1966 faßt die Rekurse aus dem Burghölzli und der Rheinau zusammen; in diesem Jahr gingen aus diesen zwei Kliniken fünf Rekurse ein.

Die Zahl der Beschwerden, die an die Gesundheitsdirektion oder die Aufsichtskommission des Burghölzlis gelangten, ist großen kurzfristigen Schwankungen unterworfen, steigt aber – wie die Zahl der Aufnahmen – im Laufe des Untersuchungszeitraums stark an: Aus den Jahren 1876 bis 1900 sind 20 Klagen aus dem Burghölzli überliefert, zwischen 1901 und 1924, wie bereits erwähnt, 97 und aus dem Zeitraum 1946 bis 1970 sogar 159 – über die Hälfte der Beschwerden stammt also aus den letzten 25 Jahren des Untersuchungszeitraums.⁴⁴

Den größten Teil der Beschwerden verfaßten Patienten und Patientinnen. Interessanterweise nimmt der Anteil der Beschwerden, die von Angehörigen oder Dritten stammen, im Laufe des Untersuchungszeitraums von 40 % in der ersten auf 6 % in der dritten Phase bzw. von 30 % auf 4 % ab, während der Anteil der Beschwerden, die Patienten und Patientinnen selbst erhoben, von 30 % auf 51 % steigt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in der letzten Phase aufgrund der Quellenlage bei knapp 40 % aller Beschwerden offen bleibt, ob sie von Patienten, Angehörigen oder Dritten kamen.⁴⁵

Wegen der Quellenlage bleibt auch in mehr als der Hälfte aller Fälle unklar, ob auf die Beschwerden eingegangen wurde und zu welchem Urteil man allenfalls kam. Von den 130 Klagen, bei denen Reaktionen der Beschwerdeinstanzen überliefert sind, wurden mehr als 60 % abgelehnt. Auf 21 Klagen ging man aus formellen Gründen nicht ein, elf wurden anderweitig erledigt. Befürwortet wurden im ganzen Zeitraum nur neun Beschwerden: ein Entlassungsgesuch eines Patienten, zwei Klagen von Dritten und sechs von Angehörigen. Die positiven Entscheide fallen alle in die Jahre 1876 bis 1924, im Zeitraum zwischen 1946 und 1970 wurde keine einzige Beschwerde mehr gutgeheißen.

Angesichts der Quellenlage ist zu vermuten, daß allfällige formelle und informelle Reaktionen auf Beschwerden zusammen mit den Beschwerdebriefen abgelegt und überliefert wurden. Läßt man den Zeitraum weg, aus dem nur noch die Listen der eingegangenen Beschwerden vorhanden sind, die Beschwerden und allfällige Antworten darauf aber vernichtet wurden, kommt man zum Ergebnis, daß in den Jahren zwischen 1876 und 1924 sowie zwischen 1963 und 1970 durchschnittlich ein Drittel aller Beschwerden ohne jegliche Folgen blieb. Dabei nimmt der Anteil der Beschwerden, auf die nicht eingetreten wurde, im Laufe des Untersuchungszeitraums von 40 % in der Periode 1876–1900 auf 24 % in der Periode 1963–1970 ab.

Beurteilt man die Wirkungsmacht von Beschwerden nach dem Anteil der Klagen, die im Sinne der Beschwerdeführer entschieden wurden, stellt man fest, daß Patienten, Angehörige und Dritte, deren Beschwerden bei den Behörden eingingen, offenbar nur in wenigen Einzelfällen Recht bekamen, die zudem alle in die Zeit vor 1925 fallen. Beurteilt man jedoch die Wirkungsmacht

44 Da aus der Rheinau nur die Beschwerden aus den Jahren 1944 bis 1970 überliefert oder verzeichnet sind, ist eine solche Auswertung nicht möglich.

45 Da im Zeitraum zwischen 1963 und 1970 mehr als drei Viertel aller Beschwerden von Patienten und Patientinnen eingereicht wurden, ist anzunehmen, daß ein grosser Teil dieser Klagen ebenfalls von Patienten und Patientinnen stammen.

von Beschwerden nach dem Anteil der Klagen, auf welche die zuständigen Instanzen eingingen, nahm der Einfluß der Beschwerdeführer und -führerinnen zu. Man trat also im Lauf der Zeit immer mehr auf Beschwerden ein, wies jedoch fast alle ab.

Dieses Ergebnis wird durch die Analyse der Protokolle der Sitzungen bestätigt, in denen die Aufsichtskommission Beschwerden von Patienten und Patientinnen behandelte. Aus der Direktionszeit Eugen Bleulers sind allerdings nur persönliche Notizen des Anstaltsleiters zu den Sitzungen überliefert.⁴⁶ Gemäß diesen Stichworten kamen nur selten Klagen von Patienten und Patientinnen zur Sprache. So heißt es in den Notizen zu einer Sitzung von 1926, die Beschwerden von vier Patienten seien „durch Nichteintreten“, die Beschwerde eines weiteren Patienten „durch Austritt“ erledigt worden.⁴⁷ Auch unter Hans Wolfgang Maier (1882–1945), der die Anstalt von 1927 bis 1941 leitete, reichte offenbar die Bemerkung des Direktors, auf die Beschwerde solle nicht eingegangen werden. So wünschte laut einem Protokoll aus dem Jahr 1934 der zuständige Regierungsrat Auskunft über einen Patienten, der eine Beschwerde eingereicht hatte. Das Protokoll vermerkt: „Professor Dr. Maier teilt mit, daß es sich um einen mehrfach vorbestraften, schwer pathologischen Menschen handle, auf dessen Beschwerde nicht eingetreten werden sollte. Es wird so beschlossen.“⁴⁸

Auch wenn sich Aufsichtskommission und Gesundheitsdirektion bei ihren Entscheiden über den ganzen Untersuchungszeitraum hinweg meist ausschließlich auf die Stellungnahmen der Anstaltsärzte abstützten, unterscheidet sich dieses Vorgehen wesentlich vom Verfahren, das die Akten aus den Jahren 1963 bis 1970 dokumentieren. Die Aufsichtskommission, die von wenigen Ausnahmen abgesehen in Sitzungen über die Klagen entschied und allenfalls den Arzt unter ihnen zu einer Beurteilung des Falls aufforderte, verlor seit den 1940er Jahren ihre Bedeutung als Beschwerdeinstanz.⁴⁹ An ihre Stelle trat zunehmend die Gesundheitsdirektion. Sie behandelte Beschwerden ausschließlich auf dem Korrespondenzweg und erledigte sie deshalb schneller als die Aufsichtskommission, die ab 1942 nur noch zwei Sitzungen pro Jahr abhielt. Traf eine Beschwerde ein, bat sie die Klinik in den letzten Jahren des Untersuchungszeitraums meist um eine schriftliche Stellungnahme, und teilte danach dem Beschwerdeführer ihren Entscheid mit.

46 Die Stichworte betreffen vor allem die Einrichtung der Klinik, die Versorgung und das Personal, aber auch Stellungnahmen der Mitglieder der Aufsichtskommission. Da Bleuler nur Stichworte notierte, kann der Sinnzusammenhang zum Teil nicht erschlossen werden.

47 Staatsarchiv Zürich, Z 99.296, Aufsichtskommission Burghölzli, 1898–1927, Protokoll der Sitzung vom 25.2.1926.

48 Staatsarchiv Zürich, Z 99.297, Aufsichtskommission Burghölzli, 1930–1935, Protokoll der Sitzung vom 23.2.1934.

49 Gemäß den Sitzungsprotokollen der Aufsichtskommission wurden die letzten Beschwerden 1946 (Rheinau) bzw. 1958 (Burghölzli) behandelt. Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich, 13.08.5, Protokolle der Aufsichtskommission der Heil- und Pflegeanstalt Rheinau, 14.6.1946; 12.08.5, Protokolle der Aufsichtskommission der Heilanstalt Burghölzli, 14.7.1958.

Kooperation zwischen Psychiatrie und Behörden bei Beschwerdeverfahren: Kontinuität und Wandel

Vergleicht man die Ergebnisse dieser Analyse mit dem „Fall Hägi“, fallen viele Parallelen auf: Obwohl die Untersuchungskommission 1897 kritisiert hatte, die medizinische Leitung werde zu wenig kontrolliert, nahm die Kontrolle der Anstalt im Lauf der Zeit eher ab als zu. Bei Beschwerden stützten sich die Behörden einzig auf die ärztliche Stellungnahme und entschieden immer in Übereinstimmung mit den Psychiatern. Dabei übernahmen sie – wie das folgende Beispiel zeigt – auch noch im 20. Jahrhundert die Position der Ärzte im Wortlaut.

Frau B., die Mutter einer 48jährigen Patientin, beschwerte sich 1920 bei der Gesundheitsdirektion über die Leitung des Burghölzlis und das Waisenamt Zürich. Sie forderte die Entlassung ihrer Tochter aus der Anstalt und kritisierte deren Behandlung: „Zuerst wurde meine Tochter im Burghölzli für Nährarbeiten verwendet, seit einiger Zeit muß sie in der Küche arbeiten. Dabei ruiniert sie sehr viele Kleider und soll überdies noch für den Aufenthalt im Burghölzli zahlen. Gegen diese ungerechte Behandlung muß ich endlich protestieren, und um Ihren Schutz bitten.“⁵⁰ Die Behörde bat den Anstaltsdirektor Eugen Bleuler um eine Stellungnahme. Dieser informierte, die Patientin sei vor knapp zwei Jahren vom Waisenamt Zürich zur Begutachtung ihres Geisteszustandes ins Burghölzli eingewiesen worden. Man habe festgestellt, daß sie an „der paranoiden Form der Schizophrenie (Jugendirresein)“ leide, einen Vormund benötige und „auf absehbare Zeit in einer geschlossenen Anstalt zu internieren“ sei. Auf die Klage der Mutter, ihre Tochter ruiniere bei der Küchenarbeit ihre Kleider und müsse trotzdem für ihren Klinikaufenthalt zahlen, ging Bleuler nicht ein, sondern äußerte sich zum – von der Mutter nicht beanstandeten – Punkt, daß die Patientin arbeiten müsse: „Daß Pat. in unserer Anstalt wie alle andern Pat. arbeiten mußte, ist selbstverständlich, sonst würde sie erst recht verblöden.“ Die Gesundheitsdirektion lehnte die Beschwerde ab, indem sie Bleulers Antwort leicht gekürzt, sonst aber wortwörtlich an die Mutter weiterleitete.⁵¹

Frau B. gab sich mit diesem Bescheid nicht zufrieden, sondern rekurrierte beim Gesamtregierungsrat. Ihre Tochter sei nicht krank – jedenfalls nicht so schwer, daß sie hospitalisiert bleiben müsse. „Wollte man alle Leute, die etwelche geistigen Defekte haben, in dem Irrenhaus internieren, so wäre die halbe Bevölkerung der Stadt Zürich zu internieren.“ Sie glaube nicht, daß die Ärzte des Burghölzlis den Gesundheitszustand ihrer Tochter richtig beurteilten, wenn sie „als Mutter und als geistig normale Frau“ keine „geistigen Störungen“ feststellen könne. Sie teilte mit, daß sie „unter keinen Umständen ruhen“ werde,

50 Staatsarchiv Zürich, S 325.3, Fasz. 6, Beschwerde der Mutter der Patientin an die Gesundheitsdirektion, 10.9.1920.

51 Staatsarchiv Zürich, S 325.3, Fasz. 6, Stellungnahme Eugen Bleulers zuhanden der Gesundheitsdirektion, 21.9.1920; Antwort der Gesundheitsdirektion an die Mutter der Patientin, 21.9.1920.

bis sie „die Tochter wieder frei habe“, und forderte, diese allenfalls durch einen „unparteiischen, ausserkantonalen“ Psychiater untersuchen zu lassen.⁵²

Der Anstaltsdirektor, wieder um eine Stellungnahme gebeten, hielt ein externes Gutachten für unnötig, und brachte ein neues Argument ins Spiel: Es handle sich, so Bleuler, im vorliegenden Fall um eine „folie à deux“. Die Mutter habe sich die Wahnideen der Tochter zu eigen gemacht, so daß er schon „rein vom medizinischen Standpunkt aus“ von einem Zusammenleben der beiden abraten müßte.⁵³ Daraufhin holte die Gesundheitsdirektion bei der Wohngemeinde von Frau B. Auskünfte ein. Sie erklärte, Frau B. habe beim Regierungsrat Rekurs eingereicht, und bat um nähere Informationen, da es scheine, daß „auch die Mutter B. mit Bezug auf ihren Geisteszustand nicht ganz normal“ sei. Der Gemeinderat teilte der Gesundheitsdirektion mit, bei Frau B. handle es sich um eine Frau von 76 Jahren. Sie sei offenbar „sehr fleissig, treu, solid und überaus ehrbar und gewissenhaft; einzig sei sie, wohl infolge durchgemachter schwerer Zeiten, hie und da von leichtem Verfolgungswahn befallen, der weiter keine Folgen“ habe.⁵⁴

Der Regierungsrat folgte in seinem Entscheid dem Vorschlag der Gesundheitsdirektion und lehnte den Rekurs als unbegründet ab. Das Protokoll lehnt sich wiederum eng an die Stellungnahmen der verschiedenen Parteien an, gibt diese im Gegensatz zum Schreiben der Gesundheitsdirektion allerdings in indirekter Rede wieder. Der Regierungsrat begründete sein Urteil damit, daß die Patientin gemäss Gutachten und den nachträglichen Erläuterungen des Anstaltsdirektors „einwandfrei“ an Schizophrenie leide und „unbedingt“ hospitalisiert bleiben müßte. Die gegenteilige „Behauptung“ der Mutter entspringe „einzig und allein ihrer eigenen Wahnidee und der Gepflogenheit, jederzeit und bei allen Gelegenheiten Partei für ihre Tochter zu ergreifen“. Wie Erkundigungen gezeigt hätten, sei die Rekurrentin „wohl eine sehr ehrbare und recht-schaffene Frau, im übrigen aber ebenfalls von Verfolgungsideen befangen“.⁵⁵

Die Behörden stützten sich in diesem Fall also auf Argumente der „Wissenschafts-“ und der „Lebenswelt“, wobei die Positionen der beiden Welten zumindest teilweise übereinstimmten. Sie bestätigten die Meinung der medizinischen Experten und übernahmen deren Sicht so weitgehend, daß sie die pejorativen und pathologisierenden Bemerkungen, welche die Psychiater über die Mutter äußerten, wortwörtlich an diese weiterleiteten und auch ins öffentlich zugängliche Protokoll aufnahmen.

Gesundheitsdirektion und Regierungsrat übernahmen aber nicht nur Formulierungen, sondern spitzten diese noch zu: So erhob Frau B. zum Beispiel

52 Staatsarchiv Zürich, S 325.3, Fasz. 6, Beschwerde der Mutter der Patientin an den Regierungsrat, 21.9.1920.

53 Staatsarchiv Zürich, S 325.3, Fasz. 6, Stellungnahme Eugen Bleulers zuhanden der Gesundheitsdirektion, 1.10.1920.

54 Staatsarchiv Zürich, S 325.3, Fasz. 6, Schreiben der Gesundheitsdirektion an den Gemeinderat Erlenbach, 5.10.1920; Schreiben des Gemeinderats Erlenbach an die Gesundheitsdirektion, 14.10.1920.

55 Staatsarchiv Zürich, S 325.3, Fasz. 6, Protokoll der Regierungsratssitzung vom 20.10.1920.

gemäß Regierungsratsprotokoll keine Klage, sondern eine „Behauptung“, während das Gutachten des Burghölzlis die Krankheit der Patientin „einwandfrei“ bewies. Die abschwächenden Formulierungen in der Stellungnahme des Gemeinderats ließ man hingegen im Protokoll weg. Die vorgesetzten Behörden erkannten die Psychiater des Burghölzlis als Experten an, deren Meinung sie bei Beschwerdeverfahren übernahmen, obwohl die Anstaltsärzte Partei waren. So wollte die Gesundheitsdirektion von Bleuler wissen, was er von Frau B.s Forderung nach einer unabhängigen Begutachtung halte, und ging nach dessen ablehnenden Antwort nicht auf das Begehren der Mutter ein.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß am Ende des Untersuchungszeitraums nicht mehr die Aufsichtskommission, sondern ausschließlich die Gesundheitsdirektion über Beschwerden entschied. Die einzige Ausnahme bildeten Entlassungsgesuche von freiwillig und mit ärztlichem Zeugnis eingetretenen Patienten, die noch unter elterlicher Gewalt standen und nicht bevormundet waren. Diese wurden ab 1963 von der Psychiatrischen Rekurskommission behandelt, der neben einem rechtskundigen Vorsitzenden auch zwei Ärzte angehörten. Entlassungsbegehren von bevormundeten oder behördlich eingewiesenen Kranken mußten seit jeher an die entsprechenden Behörden gerichtet werden. Die Stellungnahmen der Psychiater und der Behörden auf Beschwerden fallen am Ende des Untersuchungszeitraums durchschnittlich umfangreicher aus und sind zum Teil auch in einem freundlicheren und respektvolleren Ton geschrieben als früher. Die Behörden zitierten nun die Position der Kliniken meist nicht mehr im Wortlaut, fällten ihre Entscheide aber nach wie vor ausschließlich aufgrund von deren Stellungnahmen. Ihre Urteile stimmten weiterhin mit dem Standpunkt der Psychiater überein, die zwar – wie diese betonten – medizinische Experten, im Beschwerdeverfahren aber Partei waren.

Die enge Kooperation zwischen Behörden und Psychiatrie bei Beschwerdeverfahren zeigte sich also um 1970 nicht mehr so offensichtlich wie beim „Fall Hägi“, bestand aber nach wie vor.⁵⁶ Staatsbürokratie und Anstaltspsychiatrie hatten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ein Vertrauensverhältnis aufgebaut und ihre Zusammenarbeit – zum Beispiel bei straf- und zivilrechtlichen Gutachten⁵⁷ – immer stärker erweitert, so daß sich die Behörden ohne Weite-

56 Ein Detail kann diese nach wie vor enge Zusammenarbeit illustrieren: Auf dem Durchschlag der Entscheide, den die Behörde aufbewahrte, fügte man jeweils mit Schreibmaschine an: „Kopie an die Direktion der Psychiatrischen Klinik Rheinau [oder Burghölzli] (auf Original nicht erwähnt)“. Die Gesundheitsdirektion sandte ihre Antwort also immer an die Patienten, erwähnte ihnen gegenüber aber nicht, daß sie der Klinikdirektion eine Kopie des Schreibens zukommen ließ. Vergleiche zum Beispiel Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich, 12.05.17, Nr. 115, Antwortschreiben der Gesundheitsdirektion an den Patienten, 10.5.1968.

57 Die Zahl der straf- und zivilrechtlichen Gutachten, die das Burghölzli und die Psychiatrische Poliklinik Zürich (1913 eröffnet) ausstellten, nahm anfangs des 20. Jahrhunderts stark zu und erreichte innerhalb weniger Jahre das Vierfache ihres Ausgangswertes. Nach 1950 fiel die Zahl der Gutachten wieder auf das Niveau der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurück. Zwischen 1900 und 1970 wurden gemäß Jahresberichten insgesamt rund 16.800 Gutachten verfasst. Meier/Hürlimann/Bernet (2002), S. 79 f. Vgl. auch Germann (2004).

res auf die medizinischen Experten abstützten. Dabei wurde das Wissen der Psychiater wohl nicht zuletzt deshalb als relevantes Expertenwissen wahrgenommen, weil es den gesellschaftlich-politischen Erwartungen entsprach.⁵⁸ Obwohl die interaktive Machtbeziehung zwischen Behörden und Psychiatrie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in anderen Zusammenhängen aus verschiedenen Gründen an Bedeutung verlor,⁵⁹ konnten die Zürcher Anstaltspsychiater somit im Konfliktfall mit der Unterstützung der Regierung rechnen.⁶⁰ Diese Legitimation spielte für die Psychiatrie eine wichtige Rolle, auch wenn – wie die Analyse der Funktion und Praktiken der Behörden bei Beschwerdeverfahren gezeigt hat – die Regierung eigentlich nur de iure die Macht besaß, die psychiatrischen Anstalten zu kontrollieren.

Literatur:

- Bleuler, Manfred: Geschichte des Burghölzli und der psychiatrischen Universitätsklinik. In: Regierungsrat des Kantons Zürich (Hg.), Zürcher Spitalgeschichte, Bd. 2. Zürich 1951, 377–425.
- Brink, Cornelia: „Nicht mehr normal und noch nicht geisteskrank...“, Über psychopathologische Grenzfälle im Kaiserreich. In: Werkstatt Geschichte 33 (2002), 22–44.
- Dinges, Martin: Medizinkritische Bewegungen zwischen „Lebenswelt“ und „Wissenschaft“. In: ders. (Hg.): Medizinkritische Bewegungen im Deutschen Reich (ca. 1870–1933). Stuttgart 1996 (=Medizin, Gesellschaft und Geschichte, Beiheft 9), 7–38.
- Feger, Gabriele: Die Geschichte des „Psychiatrischen Vereins zu Berlin“ 1889–1920. Diss. med. FU Berlin 1982.
- Forel, August: Sonderdruck aus: Die Medizin der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Leipzig 1926.
- Germann, Urs: Psychiatrie und Strafrecht, Entstehung, Praxis und Ausdifferenzierung der forensischen Psychiatrie in der deutschsprachigen Schweiz 1850–1950. Diss. Bern, Zürich 2004.
- Hägi, Gottlieb: Kritische Reminiscenzen aus der Irrenanstalt Burghölzli. Zürich 1894.
- Meier, Marietta; Hürlimann, Gisela; Bernet, Brigitta: Zwangsmaßnahmen in der Zürcher Psychiatrie, Bericht im Auftrag der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich. Typoskript, Zürich 2002.
- Schmiedebach, Heinz-Peter: Eine „antipsychiatrische Bewegung“ um die Jahrhundertwende. In: Dinges, Martin (Hg.): Medizinkritische Bewegungen im Deutschen Reich (ca. 1870–1933). Stuttgart 1996 (=Medizin, Gesellschaft und Geschichte, Beiheft 9), 127–159.
- Schumacher, Beatrice; Busset, Thomas: „Der Experte“, Aufstieg einer Figur der Wahrheit und des Wissens, Editorial. In: traverse, Nr. 2 (2001), 15–20.
- Schwengeler, Patrick: Die „Grundsätze für ein Bundesgesetz zum Schutze der Geisteskranken“ des Vereins schweizerischer Irrenärzte von 1895, Ausgangslage, Vorarbeiten und Auswirkungen, Eine Studie zur Professionalisierung der Schweizer Psychiatrie im 19. Jahrhundert. Diss. med. Bern 1998.

58 Vgl. Schumacher/Busset (2001), S. 18.

59 So wandelte sich zum Beispiel das Selbstverständnis der Psychiatrie, die sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer mehr als Interessenvertreterin der Patientinnen und Patienten als der Behörden bzw. der Gesellschaft verstand.

60 Siehe auch die Rolle der Regierung bzw. der übergeordneten Verwaltungsstellen bei Fan-gerau in diesem Band.

Summary

The “case Hägi” at the Burghölzli in Zurich: The reaction of psychiatry and the authorities to criticism concerning state-run asylums

In 1894 Gottlieb Hägi, a former guard at the mental institution Burghölzli in Zurich, published a brochure in which he heavily criticised the conditions in the asylum, its management, the board of supervision and the responsible authorities. This report attracted great public notice and led to an extended investigation. With the example of the “case Hägi”, the present work analyzes the position of critics and defenders of mental institutions and studies the roles played by the government and the authorities in this area of conflict. Beyond this particular debate, the reaction of government and authorities at critics of the psychiatry of mental institutions after the “case Hägi” is investigated by an analysis of the complaints procedures against the psychiatric institutions of the canton Zurich which were initiated between 1870 and 1970. It is concluded that in complaint procedures a tight connection existed between authorities and psychiatry. In case of conflicts, the mental institutions could count on the support of the government and this played an important role for legitimating psychiatry.